Abend-Ausgabe.

Wiesbadener Zeitung
Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau"

Erscheint 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger u. ausw. Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährl. 4.95 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolasstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 30 Pf., Reklamezeile 1.25 M.; außerhalb 35 Pf., Reklamezeile 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 372 — Mittwoch, 13. August 1919. — 73. Jahrgang

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung".

Die flämische Bewegung.

mz. Rotterdam, 12. Aug.

Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet der Brüsseler „Soir", daß die flämische Bewegung in Ostflandern immer mehr um sich greift und sogar die Geistlichkeit die Bewegung unterstützt. Die bischöflichen Kollegs seien der Mittelpunkt der flämischen Bewegung. Das Geld zur Unterstützung der Bewegung soll, dem „Soir" zufolge, aus den Niederlanden kommen.

Die Belgier in Malmedy.

mz. Malmedy, 13. Aug. (Havas-Reuter.)

Die belgischen Truppen haben heute Malmedy besetzt.

mz. Versailles, 13. Aug.

Nach einer offiziellen Meldung aus Brüssel verlor die belgische Armee während des Krieges an Toten 982 Offiziere und 29 600 Mann. Im ganzen hatte Belgien 365 000 Mann und 14 000 Offiziere mobilisiert.

Die Auslieferung.

mz. Genf, 13. Aug.

Eine Havasmeldung besagt, daß der Rat der Alliierten der Auslieferung von vorerst 67 Mitschuldigen an der Führung des Weltkrieges aus den früheren Mittelmächten zugestimmt habe. Die Auslieferungsbegehren würden sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages abgehen.

Der Völkerbund verschoben.

mz. Rotterdam, 13. Aug.

Wie die „Morning Post" erfährt, haben die Alliierten den Termin der Konstituierung des Völkerbundes, der auf den 1. November festgesetzt war, um sechs Monate verschoben. Die Schwierigkeit einer früheren Erledigung der Frage der Völkerbundvertreter in den Parlamenten der alliierten Staaten sei bei der Festlegung des Völkerbund-Abkommens nicht vorauszusehen gewesen.

Verständigung zwischen Griechenland und Italien.

mz. Bern, 13. Aug.

Wie der „Secolo" aus Paris erfährt, soll die griechisch-italienische Verständigung vollendete Tatsache und von großer Bedeutung für die beiden Mittelmeerländer sein.

Bela Kun muß sich verantworten.

mz. Wien, 12. Aug.

Wie der „Neue Tag" erfährt, ließ die französische Regierung durch ihre Wiener Mission der deutsch-österreichischen Regierung die Mitteilung zukommen, daß sie sie für Bela Kun haftbar mache. Als Grund für diese Verfügung wird angegeben, daß die Entente entschlossen sei, Kun für die Gewalttaten und Verbrechen, die während der Herrschaft der Räteregierung in Ungarn verübt worden sind, zur Verantwortung zu ziehen. (Bela Kun ist bekanntlich in Oesterreich verhaftet.)

mz. Rotterdam, 13. Aug.

„Daily Mail" meldet aus Budapest, gegen Bela Kun und seine sogenannten Volksbeauftragten seien bis zum Sonntag mehr als 700 Anzeigen wegen Mordes erstattet worden. Die neue Staatsregierung steht auf dem Standpunkt daß eine gesetzliche Regierungsgewalt Bela Kuns nicht bestanden habe und daß deshalb alle von ihr angeordneten Hinrichtungen nur als gemeiner Mord anzusehen und zu verfolgen sind. Wie die „Morning Post" meldet, sind nach in Paris und Budapest eingegangenen Nachrichten die Schäden der Budapester Räteregierung viel höher, als bisher angenommen wurde. Bisher konnten in dem bolschewistisch regierten Ungarn für mehr als acht Milliarden Kronen Verluste festgestellt werden.

Karl Radek.

mz. Berlin, 13. Aug.

Die Untersuchung gegen Karl Radek ist, wie das „Tageblatt" von zuständiger Stelle erfährt, eingestellt worden. Die Staatsanwaltschaft stellte bereits den Antrag auf Entlassung Radeks aus der Untersuchungshaft, aber gleichzeitig beantragte sie, ihn in Schutzhaft zu nehmen. Die Entscheidung dieser Anträge erfolgt in den allernächsten Tagen.

Aufhebung der französischen Zensur.

mz. Versailles, 12. Aug.

Nach den Morgenblättern wird die Zensur für Telegramme in Frankreich am 17. August um Mitternacht aufgehoben.

Die Gefangenenfrage in der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hatte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit den Vorwürfen beschäftigt, die infolge einer englischen Mitteilung an die deutschen Gefangenenlager gegen die Regierung erhoben worden sind. Der Minister des Aeußern war sehr empört über die Vorwürfe und wollte darin nichts weiteres als eine regierungsfeindliche Parteipolitik sehen. Etwas anderes als Parteipolitik scheint Herr Müller nicht zu kennen: es geht ihm nicht ein, daß es auch eine rein deutsche Politik gibt, die nichts, gar nichts mit den Parteien zu tun hat, oder vielmehr, die von allen Parteien gleichartig betrieben werden müßte. Und das ist in erster Linie die Sorge um das Schicksal und die denkbar schnellste Zurückbeförderung der deutschen Gefangenen. Die englische Regierung hat den deutschen Gefangenen erklären lassen, daß trotz wiederholter Aufforderung von der deutschen Regierung noch keine Delegierte gesandt seien, um Maßregeln für die Rückbeförderung zu beraten. Aus der Rede Müllers geht nichts hervor, das diese Behauptung als unwahr erweise. Herr Müller redet mit großem Wortschwall und allerlei Angriffen um diesen Kernpunkt herum. Er spricht auch wieder von den vielen Noten und Verhandlungen der Waffenstillstandskommission, die zu nichts geführt haben. Aber darauf kommt es nicht an. Die Frage ist: Hat die englische Regierung aufgefordert, Delegierte zu senden, um die Maßregeln zur Rückbeförderung der deutschen Gefangenen zu beraten? Wenn ja, warum hat die deutsche Regierung keine Delegierte geschickt?

Bei der Schwierigkeit des Transportes einer so großen Menge Menschen müssen natürlich vorher gründliche Verhandlungen stattfinden. Darum müssen rechtzeitig Bevollmächtigte entsandt werden, damit, wenn etwa Mitte September die Rückbeförderung vor sich gehen soll, diese nicht verhindert wird durch den Mangel einer Organisation.

Es wäre notwendig gewesen, daß die Regierung hierüber klarer und eindeutiger gesprochen hätte. Mit ihrer jetzigen Antwort kann man sich nicht zufrieden erklären.

Der Sitzungsbericht.

mz. Weimar, 12. Aug.

Bei Erledigung einer Reihe von Anfragen fragt u. a. Abg. v. Gräfe (D.-Nat.) unter Bezugnahme auf Pressenachrichten, nach denen in Gefangenenlagern den

deutschen Kriegsgefangenen

mitgeteilt wurde, daß ihre beschleunigte Heimkehr nach Deutschland seitens der deutschen Regierung nicht gewünscht, ja sogar durch die Weigerung der deutschen Regierung, die Vorbereitungen zum Abtransport in die Wege zu leiten, verhindert werde: Ist die deutsche Regierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Vorbereitungen tatsächlich zu einer raschen Rückkehr getroffen und namentlich welche diplomatischen Schritte unternommen worden sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu machen?

Minister des Aeußern Müller:

In einem Teil der Presse ist letzthin die Behauptung aufgestellt worden, die Regierung habe nicht alles getan, um die schleunige Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen. Die deutsche Regierung kann es vorerst nicht glauben, daß sich derartige offenkundige Entstellungen der Tatsachen, die da behauptet werden, in offiziellen Befehlen und Bekanntmachungen der englischen Lagerbehörden befinden. Sie hat daher unverzüglich Schritte unternommen, um den Sachverhalt zu klären und Abhilfe zu schaffen. Im übrigen stellt die Regierung fest: Alle Bemühungen bis zu Beginn der Friedensverhandlungen, die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen zu veranlassen, sind erfolglos geblieben. Die erste Anerkennung der selbstverständlichen Pflicht, die Kriegsgefangenschaft nicht zur Sklaverei ausarten zu lassen, findet sich im Artikel 214 des Friedensvertrages. Der Friedensvertrag tritt aber erst nach der Ratifikation durch drei der gegnerischen Hauptmächte in Kraft, und darauf könne die Entente ihre Weigerung stützen. Gleichwohl war die deutsche Regierung unablässig bemüht, das Los der Gefangenen zu lindern und ihre schleunige Heimschaffung zu ermöglichen. Der Minister gibt dann einen Ueberblick über die wiederholten Vorstellungen der deutschen Regierung bei der Entente und die in dieser Angelegenheit überreichten Noten, und fährt fort: In der Sitzung am 1. August hat der deutsche Vertreter Frhr. v. Lersner neuerlich darum gebeten, endlich auf die Kriegsgefangenenfrage einzugehen. Der französische Minister Loucheur hat versprochen, dem Ministerpräsidenten Clemenceau sofort Vortrag darüber zu halten.

Die Reichsregierung wird nach wie vor bestrebt sein, die Kriegsgefangenen

so schnell wie möglich frei zu bekommen.

Ich hoffe von der Einsicht unserer Kriegsgefangenen, daß sie sich nicht von der Presse in den Ländern ihrer Gefangenschaft verführen lassen, solche Ungeheuerlichkeiten zu glauben, als läge der Reichsregierung nichts an ihrer Heimkehr. Es gibt keinen Partei- und keinen Finanzstandpunkt in dieser Frage des Blutes. Diese Erkenntnis wünscht die Regierung aber auch denen, die sich nicht gescheut haben, parteipolitische Agitationen mit den Leiden und dem Schicksal unserer Kriegsgefangenen zu treiben. Die politische Ausschlachtung dieses nationalen, gemeinsam zu tragenden Unglücks weist sie mit Entrüstung von sich und weiß sich darin einig mit allen Klassen des Volkes, denen das Schicksal unserer Kriegsgefangenen warm und uneigennützig am Herzen liegt. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. v. Gräfe (Deutschnat.) richtet die Anfrage an Reichsminister Müller, wen er damit gemeint hat, wenn er von Leuten sprach, die diese Frage parteipolitisch ausnützen wollen.

Reichsminister Müller: Ich meine damit so schamlose Blätter wie die „Deutsche Zeitung", die in ihrer Ausgabe vom 6. August solche Behauptungen bringt und diejenigen Kreise, die sich mit diesen schamlosen Verleumdungen identifizieren. (Lebh. Beifall links, große Unruhe rechts.)

Ein Brief an Ebert.

T-U. Dresden, 8. August.

Oberregierungsrat Ledig hat an den Reichspräsidenten Ebert nachfolgendes Telegramm gesandt:

Herr Reichspräsident!

Zeitungsmeldungen zufolge ist von englischer Seite behauptet worden, daß die Heimkehr der Kriegsgefangenen sich deshalb immer weiter verzögert, weil die deutsche Regierung selber die Heimkehr nicht wünsche. Diese Behauptung, welche die deutsche Regierung des gemeinsten Verbrechens, das die Weltgeschichte kennt, bezichtigt, muß natürlich alle Kreise in Deutschland auf das tiefste erregen. Sie werden es deshalb, Herr Reichspräsident, verstehen, wenn ich Sie im Namen aller derjenigen, die ihre Söhne in Kriegsgefangenschaft wissen, dringend bitte, für unverzügliche Veröffentlichung des Sachverhalts Sorge zu tragen.

Wie stellt sich die Reichsregierung weiter zu dem Vorgehen des Herrn Erzberger, der Bettelbriefe an Herrn Foch schreibt, um einzelne Kriegsgefangene, die ihm verwandtschaftlich oder freundschaftlich nahestehen, im Gegensatz zu allen anderen Gefangenen freizubekommen, und worin besteht die Dankbarkeit, die er Herrn Foch als Entgelt für seinen Gefälligkeitsakt zusichert? Ist dieses Verhalten des Herrn Erzberger nicht ein unerhörter Mißbrauch seiner Stellung und eine Günstlingswirtschaft der schlimmsten Art? Was hätten die heutigen Machthaber gesagt, wenn etwas Aehnliches unter dem früheren Regime vorgekommen wäre, oder beabsichtigt Herr Erzberger vielleicht, nach und nach alle Kriegsgefangenen einfach herauszubetteln?

In vorzüglicher Hochachtung

Walter Ledig,

Oberlößnitz bei Dresden.

Unter dem sogenannten „verrotteten alten Regime" hätte ein Reichsbeamter das Staatsoberhaupt nicht in die Lage bringen können, derartige offene Briefe an sich gerichtet zu sehen.

Alter und neuer Kurs in Ungarn.

Die Erhebungen der Budapester Polizei haben furchtbare Einzelheiten über das Wüten einzelner Funktionäre der Räteregierung ergeben. Es wurde festgestellt, daß einzelne der mit der Ueberwachung der verhafteten Personen betrauten sogenannten Kommissare des revolutionären Tribunals mehrere hundert Personen in grausamster Weise peinigten, sie erschießen oder hängen ließen. Einer dieser Kommissare, ein gewisser Kereles, gestand selbst ein, über siebzig Personen getötet zu haben. In der gleichen unmenschlichen Weise wie dieser gingen Szamuely und seine Henkersknechte in Kolocsa und anderen Orten vor. Die Polizei hat in den letzten Tagen in Budapest und in der Provinz mehrere hundert dieser blutrünstigen Gesellen verhaftet. In ihren Wohnungen wie auch bei einzelnen der gewesenen Volkskommissare wurden große Mengen Schmuck- und sonstige Wertgegenstände und bedeutende Geldsummen gefunden. In dem Sonderzuge Szamuelys befanden sich unter anderen geraubten Werten 682 000 Kronen Bargeld. Die bisher Verhafteten wurden dem Gericht eingeliefert. Viele konnten nur mit Mühe vor der Lynchjustiz geschützt werden.

*

mz. Budapest, 12. Aug.

Ung. Korr.-Bur.: Der Verweser Ungarns, königlicher Prinz Josef, forderte nach Besprechung mit den politischen Parteiführern diese auf, einen Entwirrungsplan auszuarbeiten. Dieser Aufforderung Folge leistend, traten die Parteiführer zu einer Beratung zusammen, die heute beendigt werden dürfte. Die Vereinbarung wurde sodann dem Verweser unterbreitet.

mz. Budapest, 12. Aug.

Kriegsminister Schnetzer erläßt einen Aufruf zur Organisierung eines Nationalheeres, das von gesundem Geiste durchdrungen sein müsse. Aus diesem Grunde wird den Soldaten das Politisieren untersagt und das vor der Oktoberrevolution gültige Dienstreglement wieder eingesetzt.

Rumänien will seine Truppen zurückziehen.

mz. Berlin, 12. Aug.

Der „Lokalanz." meldet aus Wien: Wie in hiesigen Ententekreisen verlautet, hat die rumänische Regierung beschlossen, für den Fall, daß sich in Ungarn eine definitive Regierung bilden werde, ihre Truppen hinter die am 13. November festgesetzte Demarkationslinie zurückzuziehen.

Die Erzherzöge gegen Kaiser Karl.

Die „Wiener Sonn- und Montagszeitung“ veröffentlicht Auszüge aus dem Tagebuch eines Wiener Hofwürdenträgers, der in den Tagen des Zusammenbruchs Kaiser Karl im Schlosse Schönbrunn zur Seite stand. Beachtung verdienen die Aufzeichnungen vom 22. bis 31. Oktober 1918. Danach erschienen am 31. Oktober 1918 die Erzherzöge Josef und Eugen Albrecht gemeinsam beim Kaiser und trugen ihm die Bitte vor, sofort zurückzutreten, und zwar zugunsten des Kronprinzen Otto, um die Dynastie zu retten. In Oesterreich wolle es Erzherzog Eugen, in Ungarn Erzherzog Josef noch in letzter Stunde übernehmen, die Monarchie für das Haus Habsburg zu retten. Die Erzherzöge wiesen auch darauf hin, daß sich die Kaiserin unpopulär gemacht habe und daß gerade Erzherzog Josef und Erzherzog Eugen die beliebtesten Mitglieder des Hauses Habsburg seien und daß daher die letzte Hoffnung sich an ihre beiden Namen knüpfe. Auch würde die Armee diesen zwei Heerführern begeistert Gefolgschaft leisten. Es folgte eine unangenehme, sehr erregte Szene zwischen dem Monarchen und den Erzherzögen, die jedoch von ihrem Standpunkt nicht abgingen. Schließlich wandte der Kaiser den Erzherzögen den Rücken und unterließ die Fortsetzung der Konversation.

Ausstände und Unruhen.

Der Kaliarbeiterstreik beendet.

mz. Berlin, 12. Aug.

Die „Voss. Zeitung“ meldet aus Halle: Eine von der Streikleitung einberufene Streikkonferenz der deutschen Kaliarbeiter, die gestern in Halle tagte, beschloß, obwohl fast ausschließlich Unabhängige Vertreter waren, in geheimer Abstimmung, den Generalstreik der Kaliarbeiter als aussichtslos abzubrechen.

Zunehmen des Ausstandes in Oberschlesien.

mz. Kattowitz, 12. Aug.

Die Pressestelle des Staatskommissariats meldet: Der Streik im oberschlesischen Kohlenrevier greift weiter um sich. Man kann den Ausstand auf etwa 60 % des gesamten oberschlesischen Kohlenbergbaues bemessen. Sehr bedauerlich ist wieder der Schaden, der der deutschen Volkswirtschaft durch den neuerlichen politischen Streik erwächst. Nach der oberflächlichen Berechnung dürfte der Lohnausfall dieser beiden Streiktage etwa eine Million betragen, der Wert der ausgefallenen Kohlenförderung aber vier Millionen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 13. August.

Eine Mustermesse in Wiesbaden. Wie jetzt bekannt wird, soll hier in nächster Zeit eine Mustermesse stattfinden, die sowohl alle Produkte der französischen Industrie, die im Regierungsbezirk Wiesbaden Absatz finden können, andererseits alle örtlichen Produkte, die in Frankreich abgesetzt werden können, vereinigen wird.

Briefe nach Polen. Die Briefe nach den von den Polen besetzten bisherigen preußischen Gebietsteilen können verschlossen eingeliefert werden.

Postverkehr mit Amerika. Für gewöhnliche Briefe und Postkarten nach den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen zurzeit folgende Beförderungsgelegenheiten: 1. Jeden Dienstag und Freitag von Kopenhagen über Hull; 2. am 18., 24., 31. August und 12. September von Kopenhagen über Kristiania ohne Anlaufen weiterer Häfen mit dänischen Schiffen; 3. jeden Montag, Mittwoch und Freitag von den Niederlanden über Folkestone; 4. am 16. August, 6. und 27. September und 18. Oktober von Kristiania über Großbritannien mit norwegischen Schiffen; 5. Mitte August von Gothenburg unmittelbar nach Neuyork; 6. über Le Havre, Postabgang von Genf jeden Montag. 4. 5. Zu 1. und 3. Weiterbeförderung von Großbritannien nach Amerika mit britischen Schiffen. Sendungen ohne Leitvermerk werden den dänischen Schiffen (zu 2.) zugeführt. Wünscht der Absender die Beförderung mit anderen Schiffen, so sind die Sendungen mit dem Leitvermerk „über Kopenhagen-Hull“ oder „über Niederland“ oder „über Kristiania mit norwegischen Schiffen“ oder „über Gothenburg“ oder „über Frankreich“ zu versehen. Ob die über Großbritannien und Frankreich gehenden Sendungen in diesen Ländern noch der Zensur unterliegen, und wann sie von dort weiterbefördert werden, ist nicht bekannt.

Das Feldbergfest ist genehmigt. Wie man uns mitteilt, hat die französische Behörde die Abhaltung des Feldbergfestes am 31. August genehmigt. Es findet wie früher auf dem Berg statt.

Wiederaufnahme der Personenschiffahrt auf dem Rhein. Wie der „Mainzer Anz.“ mitteilt, beabsichtigt die Köln-Düsseldorfer Rheindampfer-Schiffahrtsgesellschaft, nachdem die Mehrzahl ihrer Dampfer wieder freigegeben ist, noch in diesem Herbst ihre Fahrten aufzunehmen. Es kommen aber nur Fahrten zwischen Mainz-Koblenz, Mainz-St. Goar und Mainz-Aßmannshausen in Betracht. Ein genauer Fahrplan ist noch nicht festgelegt und wird Gegenstand einer demnächst stattfindenden Besprechung sein. Die Agenturen der Gesellschaft haben bereits von der Wiederaufnahme der Personenschiffahrt Mitteilung und entsprechende Anweisung erhalten.

Eine reiche Brombeerernte ist in diesem Herbst zu erwarten. Wie man allerorts beobachten kann, sind die Sträucher mit gut entwickelten Beeren, die sich bereits zu färben beginnen, wie übersät. Leider wird es wieder an dem so dringend nötigen Einmachzucker mangeln, um aus der reichen Ernte den gehörigen Nutzen zu ziehen in Gestalt von Gelee, der als Brotaufstrich besonders wohlschmeckend ist.

S. Blumenthal †. Unter ungewöhnlich zahlreicher Beteiligung fand am Sonntag die Einäscherung des verstorbenen Kaufmanns Seligmann Blumenthal statt. Die Feier gab ein erhebendes Bild der Wertschätzung und Liebe, deren sich der Verstorbene erfreute. Nach tief empfundener Rede des Herrn Rabbiners Dr. Levy-Mainz sprachen für die Nass. Loge Herr Moritz Goldschmidt, für die israelitische Kultusgemeinde Herr Justizrat Dr. Seligsohn, für den israelitischen Unterstützungsverein Herr Kaufmann Max Heß. Namens der Wiesbadener Kaufmannschaft sprach Herr Stadtverordneter Heinrich Glücklich Worte hoher Anerkennung. Er schilderte den Heimgegangenen als pflichtgetreuen, fleißigen Menschen, auf welchen die Kaufmannschaft wegen seines lauteren Charakters und seiner strengen Gewissenhaftigkeit wahrhaft stolz war. Für die zahlreichen Angestellten der Firma Blumenthal u. Co sprach Herr Anton Landkammer, der in beredten Worten die väterliche Fürsorge des verstorbenen Chefs rühmte.

Oelschlagen. Bis vor kurzem war das Oelschlagen noch frei und der Andrang in den Oelmühlen infolgedessen ganz ungeheuer. Jetzt aber dürfen von der Mühle nur dann noch Oelfrüchte geschlagen werden, wenn ein vom Kommunalverband Wiesbaden ausgestellter Schlagschein vorhanden ist.

Obstdiebstähle. Die Obstdiebe begnügen sich bereits schon nicht mehr mit dem Stehlen von kleinen Mengen Obst, sie schütteln sogar schon ganze Obstbäume. Ganz offen hört man sagen: „Wir waren vier Jahre draußen und hatten nichts, jetzt holen wir uns, wo wir etwas bekommen.“ Das Schlimmste dabei ist noch der Schaden, der dabei an Bäumen und Feldfrüchten angerichtet wird. Aus diesem Grunde kann man es den Obstbaumbesitzern nicht verargen, wenn sie ihr Obst vorzeitig abernten, weil sie sich sagen: Bis zum Herbste behalten wir doch keins mehr auf den Bäumen.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Vergnügungspalast „Groß-Wiesbaden“. Der neue Rekord-Varieteespielplan, beginnend am Samstag, 16. August, enthält folgende Attraktionen: 5 Orig. Lins, die besten Radfahrer der Welt; Mr. Hawkins mit seinen 10 dressierten Hunden; Lafayette, farbenprächtige Licht-Feerie; Born, der geniale Lumpenmaler; George u. Charly, die berühmten Akrobaten u. Ikarier; Pandaros, olympische Spiele; Harry Jumt, hervorragender Gymnastiker; Schwestern Geni, aufsehenerregender Balance-Akt; Melba Romanti, Humoristin; Elsa Tann, Operettensängerin, sowie auf vielfachen Wunsch verlängert das Zwergehepaar Clever und die 4 Fortunias mit neuen Vorträgen.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

st. **Aus Oberhessen,** 12. Aug. Bauernkrawalle. Unter der oberhessischen Landbevölkerung herrscht großer Unwille und Zorn über fortgesetzte Belästigung, die ihrer Meinung nach unnötig ist. Krawalle im Gebiet des Vogelsberges erregen die Gemüter. In einigen Ortschaften verbrannten Leute Lebensmittelkarten und ähnliche, deren sie habhaft werden konnten, und als im Kreise Lauterbach, so meldet aus Hermuthshain der „Gießener Anzeiger“, die Beamten der Milch- und Speisefettverwertungsstelle dort Revisionen vornehmen wollten, verweigerten die Bauern ihnen den Zutritt zu ihren Hofraiten. Die Viehkataster wurden verbrannt und die Beamten aus dem Orte gejagt. Wenn die Milchlieferung nicht weiter erfolgt, wird die Molkerei Großmann trockengestellt. — Zigeuner, die während des Krieges unsichtbar waren, stellen sich ein; ihre Zahl nimmt als Landplage erschreckend zu; besonders Stockheim wird als Zentralort fast jeden Tag durch diese ungebetenen Gäste belästigt. Mit beispielloser Gewandtheit lassen Wahrsagerinnen alles, was sie brauchen können, auch Hühner, verschwinden. Während die Kartenschlägerin die Bewohner ins Haus fesselt, vollführen andere Weiber die Diebstähle. Es wird vor diesem Gesindel während der Ernte gewarnt.

Gericht und Rechtsprechung.

Fc. **Französisches Militärpolizeigericht Wiesbaden-Land.** Der Maurerpolier Wilhelm Bausch aus Biebrich, der im neutralen Gebiet in Arbeit stand, war in das besetzte Gebiet ohne Paß eingereist zu seiner Frau in Biebrich, mit der er aber in Scheidung liegt. Die Frau veranzeigte ihren Mann und gab an, daß er nicht allein ohne Paß gekommen, sondern auch einen geladenen Revolver mitgebracht habe. Das Gericht nahm Bausch in eine Gefängnisstrafe von 25 Tagen. — Der Gastwirt Julius Rieser in Auringen hatte am 20. Juni Tanzerlaubnis in seinen Lokalitäten bis 10½ Uhr abends. Die Kontrolle traf aber nach dieser Zeit noch die Tanzlustigen, die aber nicht mehr das Tanzbein schwangen. Rieser bekam eine Geldstrafe von 50 Mark. — Ein Exemplar der in Frankfurt erscheinenden „Kleinen Presse“ (Mittagsblatt) wurde bei dem Max Levi aus Erbenheim, als er bei Ries in das besetzte Gebiet einpassierte, gefunden. Urteil: 20 Mark Geldstrafe. — Wegen Appellversäumnis und Paßvergehens erhielten vierzehn Einwohner aus Kloppenheim, Heßloch, Schierstein, Erbenheim, Bierstadt, Frauenstein und Dotzheim fünf bis fünfzig Mark Geldstrafen.

Fc. **Wegen schweren Diebstahls** standen wieder drei zwölfjährige Buben aus Biebrich vor der Strafkammer. Sie waren im Mai in einem Garten beim Ochsenbach eingestiegen und hatten drei Tüchen mit Samen entwendet. Urteil: Zweien die zulässig niedrigste Strafe von 1 Tag Gefängnis; der dritte wird freigesprochen. — Anm. d. Schriftl.: Ist es nötig, daß wegen aller Dummejungenstreiche die Strafkammer bemüht wird?

Sport.

Der Sportverein Wiesbaden beteiligte sich am letzten Sonntag bei den in Biebrich a. Rh. stattgehabten leichtathletischen Kämpfen und konnte in allen Konkurrenzen, in denen er teilnahm, als Preisträger hervorgehen, nämlich: Diskuswerfen: P. König: 4. Preis; 100 Meter-Lauf (37 Teilnehmer): W. Knöbling 5. Pr.; 400 Meter-Staffellauf: 4. Preis; 1500 Meter-Lauf: Curt Sunkel: 3. Preis; 3000 Meter-Staffellauf: 2. Preis.

Vermischtes.

mz. **Großfeuer in einem Kölner Rauchminendepot.** Das „B. T.“ meldet aus Köln: In einem Schuppen des ehemaligen Nahkampfmitteldepots in Köln-Poll, in dem Arbeiter mit dem Verladen von Rauchminen beschäftigt waren, brach gestern nachmittag Großfeuer aus, bei dem mehrere Prsonen getötet wurden. Es wurden bisher von der Feuerwehr 11 Leichen geborgen. Weitere Tote sollen sich noch unter den Trümmern befinden, darunter auch zwei englische Soldaten, die dort Posten standen. Das Feuer ist anscheinend durch Selbstentzündung der Rauchminen entstanden. Der Schuppen ist vollständig ausgebrannt. Der Schaden ist außerordentlich groß.

mz. **Folgenschwere Schießerei beim Stiftungsfest.** Aus Trier wird gemeldet: In Halsenbach auf dem Hunsrück drangen am Sonntag beim Stiftungsfest des Jünglingsvereins drei Burschen aus Boppard auf den Festplatz und feuerten mehrere Schüsse aus einem Browning ab. Ein Junge von 15 Jahren wurde getötet, ein junger Mann durch einen Brustschuß lebensgefährlich verletzt.

mz. **Ein Sack mit 200 Kriegsflaggen gestohlen.** Der „Lok.-Anz.“ meldet aus Danzig: Aus einem Schuppen wurde ein Sack gestohlen, in dem sich 200 Kriegsflaggen befanden, die von einem deutschen Schiff nach Kiel mitgenommen werden sollten. Arbeiter tauschten die gestohlenen Flaggen gegen Tabak und Zigaretten und Seife auf dem im Hafen liegenden englischen Kreuzer ein.

Goldgräber bei Goldberg. In der Umgegend des niederschlesischen Ortes Goldberg, wo in früheren Jahrhunderten größere Mengen Edelmetalle geschürft worden sind, hat seit einigen Tagen eine Bergwerksgesellschaft mit Bohrungen nach Gold begonnen. Vor einiger Zeit hat ein Ingenieur mittels einer Wünschelrute auf diesem Terrain goldartige Adern feststellen wollen. Der durch die Bohrungen gewonnene Sand wird an Ort und Stelle gewaschen; die Proben werden zur Untersuchung an das Bergamt eingesandt.

Volkswirtschaft.

Berliner Börse.

Deckungen in Phönix, Käufe in Kolonialwerten. Aus Berlin, 12. August wird gemeldet: Die Börse war heute größtenteils geschäftsunlustig. Nur die für die Valutabewegung wichtigen Werte, wie Orientbahn, Steaua Romana und Canada Pacific zogen wesentlich an. Festigkeit bekundeten chemische Werte, namentlich Höchster Farbwerke, bei einem Gewinn von zirka 6 Proz. Als später seitens einer einzelnen Kommissionsfirma Phönix-Aktien stark gekauft wurden, angeblich für Deckungszwecke, und infolgedessen etwa 5 Prozent gewannen, gab dies Anstoß zur Besserung einiger gleichartiger Werte. Doch fiel die Börse bald wieder in Untätigkeit zurück und die Gewinne konnten meist nicht behauptet werden. Am Anlagemarkt war die Neigung zu Abschwächungen vorherrschend. Kriegsanleihe notierte 79½ bis 79.60. Es bestand bemerkenswerte Nachfrage nach Kolonialwerten, wovon besonders Deutsche Kolonialanteile beträchtlich, um 60 Prozent stiegen. Die Börse schloß sehr still.

Berlin, 12. August 1919.

	V.K.	L.K.		V.K.	L.K.
Schantung	130.25	130.—	Gelsenkirchen	173.—	174.50
Lombarden	20.—	20.50	Harpener	157.25	159.—
Hamburg-Amerika	100.—	99.75	Höchster Farbwerke	289.25	292.—
Nordd. Lloyd	101.12	101.12	Kali Aschersleben	151.—	150.50
Berl. Handelsges.	152.25	152.25	Lahmeyer	108.25	108.—
Darmstädt. Bank	106.—	106.62	Laurahütte	141.—	—.—
Deutsche Bank	193.75	193.50	Oberschles. Eisen	138.—	137.50
Disconto Commandit	152.12	153.75	Phönix	176.—	180.37
Dresdner Bank	129.—	129.87	Rheinische Metall	177.—	173.75
Adlerwerke	207.—	206.—	Rhein. Stahlwerke	135.25	136.75
Allgem. Elektriz.	160.50	159.—	Riebek Montan	102.—	103.25
Badische Anilin	326.75	329.50	Schuckert	119.25	119.25
Bochumer Guss	174.—	175.25	Siemens & Halske	—.—	—.—
Buderus	130.37	130.25	Ver. Cöln. Rottw.	170.25	172.50
Chem. Griesheim	190.75	193.50	Westereg. Alkali	220.50	220.50
Chem. Albert	316.50	320.—	Zellstoff Waldhof	170.—	167.—
Daimler Motoren	195.25	196.75	Neuguinea	214.—	215.75
Deutsch Luxemburg	145.50	145.—	Otavi Minen	—.—	140.25
Deutsche Waffen	195.50	196.50	Otavi Genussch.	114.75	113.50

Berlin, 12. August. **Devisenmarkt.** Telegraphische Auszahlungen für

	11. August 1919		12. August 1919	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	648.—	648.50	655.—	655.50
Dänemark	379.—	379.50	381.—	381.50
Schweden	420.—	420.50	430.—	430.50
Norwegen	395.—	395.50	405.—	405.50
Schweiz	306.—	306.25	309.—	309.25
Oesterreich-Ungarn	42.45	42.55	42.45	42.55
Bulgarien	—.—	—.—	—.—	—.—
Konstantinopel	—.—	—.—	—.—	—.—
Spanien	313.—	314.—	315.—	316.—
Helsingfors	103.25	103.75	103.25	103.75

Aufhebung des Goldhöchstpreises.

Durch eine Bekanntmachung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 23. Juli 1919 ist der Goldhöchstpreis mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. Demnach ist jetzt der Handel in Roh-Abfall und Bruchgold auch zu einem 2790 ℳ für 1 Kg. fein übersteigenden Preis gestattet. Der Verkehr mit ausländischen Goldmünzen unterliegt einstweilen noch den Vorschriften der Devisenordnung. Die Verbote des Agiohandels mit Reichsgoldmünzen und der gewerblichen Verarbeitung von Reichsmünzen bleiben nach wie vor in Kraft.

Handelsnachrichten.

Die Zigarettentabakhändler gegen die Zwangswirtschaft. Eine außerordentliche Versammlung des Verbandes Deutscher Zigarettentabakhändler, die in Dresden am 8. Aug. stattfand, sprach die Ueberzeugung aus, daß die weitere Fortdauer der Zwangswirtschaft für Zigarettentabak, bei gleichzeitiger Erleichterung für die Einfuhr von Zigarrentabak, die Vernichtung des orientalischen Rohtabakhandels für Deutschland bedeute. Da sich in Dresden der deutsche Mittelpunkt dieses Handels befindet, wurde die sächsische Regierung, ebenfalls aber auch die Reichsregierung und die Nationalversammlung um ändernde Maßnahmen gebeten, ferner wurde in einer Resolution ersucht, dem Zigarettentabakhandel zu gestatten, sich an der Versorgung der deutschen Zigarettenindustrie mit Rohtabak zu beteiligen, den Transithandel wieder aufzunehmen und daher das Beschlagnahmerecht der Zigaretteneinkaufsgesellschaft zu beseitigen.

Marktberichte.

Viehmarkt. In Halsenbach im Hunsrück wurde am Montag ein Viehmarkt abgehalten, der mit ungefähr 700 Stück Groß- und Kleinvieh, dabei die Hälfte Ochsen, befahren war. Der Geschäftsgang war flott und führte zu vielen Umsätzen. Bezahlt wurden für das Paar Ochsen durchschnittlich 7000 bis 8000 Mark, während Schlachtvieh sich auf 300 ℳ für den Zentner Lebendgewicht stellte.

Schweinemarkt. Münstermaifeld, 11. Aug. Die Zufuhr auf dem hier abgehaltenen Schweinemarkt war ganz bedeutend. Ein Teil der Tiere wurde nicht verkauft, da die Preise zu hoch waren. Für 6—7 Wochen alte Ferkel wurden anfänglich 170—180 ℳ, später 220—230 ℳ, für 10 Wochen alte Ferkel 270 ℳ das Stück bezahlt. Für Läufer von ungefähr 120 Pfund Gewicht wurden 750 ℳ verlangt, doch kam zu diesem Preise kein Verkauf zustande.

Obstmarkt. Nieder-Ingelheim, 11. Aug. Für den Zentner Reineklauden wurden 180—200 ℳ, Aprikosen 300 ℳ, Mirabellen 200 ℳ, Frühbirnen 80—110 ℳ, Frühäpfel 50—100 ℳ, Frühzwetschen 200—300 ℳ und Pflaumen 200—230 ℳ bezahlt.

Hauptschriftleiter: Bernhard Grothus.
Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: B. Grothus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil: W. E. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: Heinz Gorrenz; für die Anzeigen: Joh. Bahler; sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

50 Millionen amerikanische Zigaretten

(blond) sofort greifbar, in Coblenz lagernd, billig abzugeben. Nur Kapitalisten und ernsth. Reflektanten mögen sich schnellstens melden unter H. 649 an die Geschäftsstelle ds. Bl., Nikolasstr. 11.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von Butter und Gries für Kranke am Donnerstag, den 14. August 1919 in der St. Hubertus-Apotheke gegen Vorlage der Krankenausweise.

Ferner Eier für Kranke in der Verkaufsstelle des Bürger- und Beamten-Konsumvereins, Wiesbadener Str. 11. Bezugsscheine für Eier sind in der Lebensmittelstelle gegen Vorlage der Krankenausweise abzuholen. Die Butter wird ausnahmsweise für zwei Wochen ausgegeben.

Sonnenberg, den 12. August 1919.

Der Bürgermeister. J. A. gez. Wagner, Schöffe. F400

Auslegung der Schöffen- und Geschworenen-Liste.

Die Urliste der in der Gemeinde Sonnenberg wohnhaften Personen, welche zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt zu Jedermanns Einsicht in der Zeit vom 15. August bis 21. August ds. Js. auf dem Bürgermeisteramt — Zimmer Nr. 3 — offen.

Sonnenberg, den 11. August 1919.

Der Bürgermeister: Buchelt. F400